

CDU-Fraktion	24.11.2023
An: Bürgermeister Lars König	41 11 23
<input checked="" type="checkbox"/> Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)	nachrichtlich
<input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: HFA und Rat	<input checked="" type="checkbox"/> Bürgermeister <input checked="" type="checkbox"/> Ausschussvorsitzende <input checked="" type="checkbox"/> SPD-Fraktion <input type="checkbox"/> CDU-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen <input type="checkbox"/> Fraktion WBG <input checked="" type="checkbox"/> FDP-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Bürgerforum + <input checked="" type="checkbox"/> Die Linke <input checked="" type="checkbox"/> Stadtklima Witten <input checked="" type="checkbox"/> Piraten <input checked="" type="checkbox"/> AfD <input checked="" type="checkbox"/> fraktionslose Ratsmitglieder
<input type="checkbox"/> Anfrage zur Tagesordnung (§ 10 Abs. 1 Geschäftsordnung) im:	
<input type="checkbox"/> Anfrage an den Bürgermeister (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	

Betreff:

Sofortiger Stopp der Wärmeplanung – Finanzierung sichern

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Aufgrund der unsicheren Finanzierung wird die Verwaltung beauftragt, alle laufenden Maßnahmen zur Wärmeplanung auf Grundlage des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) vorübergehend zu stoppen und die anstehenden Entscheidungen zu verschieben. Eine gleichlautende Empfehlung ist an die städtischen Beteiligungsgesellschaften zu geben.

Begründung:

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist der Bundeshaushalt für das Jahr 2024 der derzeitigen Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP nicht mehr zu halten. Bislang ist eine Finanzierungslücke durch den Wegfall des KTF (Klima- und Transformationsfond) von über 60 Milliarden Euro bekannt. Die Auswirkungen des Urteils könnten ggf. sogar noch größer sein und weitere Milliarden aus dem WSF (Wirtschaftsstabilisierungsfond) betreffen. Angesichts der noch völlig ungewissen Finanzierungslage, fordert die CDU-Fraktion alle Ratsmitglieder auf, finanziellen Schaden von der Stadt Witten abzuwenden und alle bisher eingeleiteten Prozesse in der Verwaltung, die Wärmeplanung betreffend, vorübergehend zu stoppen.

Denn in der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU vom 08.11.2023 wird von einem erheblich größeren Personal und Mittelbedarf für die Wärmeplanung gesprochen. Auch die Beauftragung externer Büros soll vorgenommen werden, was ebenfalls immense Kosten für die Stadt Witten verursacht. Analog gilt dies auch für die städtischen Beteiligungsgesellschaften (insbesondere für die Stadtwerke Witten).

Da ein Beschluss über einen neuen Bundeshaushalt erst im Frühjahr 2024 zu erwarten ist, ist die Förderkulisse für die auf die Kommunen übertragenen Aufgaben nicht absehbar. Ebenfalls

ist zu befürchten, dass bereits bestehende Förderungen für z.B. Wärmepumpen, Gebäudesanierung, Solar und Ladeinfrastruktur wegfallen oder drastisch reduziert werden könnten. Auch die Auswirkungen auf die Landeshaushalte sind derzeit noch ungewiss.

Daher halten wir die in der Antwort auf unsere Anfrage in Aussicht gestellte Beschlussfassung des Rates Anfang 2024 für nicht zielführend und einhaltbar. Gerade angesichts der knappen finanziellen Ausstattung unserer Stadt und allen ebenfalls wichtigen Pflichtaufgaben, bitten wir hier erst Entscheidungen zu treffen und Geld in die Hand zu nehmen, wenn auch die Kosten und Auswirkungen für die Stadt Witten absehbar sind.

Mit der Bitte um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen
CDU-Fraktion Witten

gez.
Volker Pompetzki
Fraktionsvorsitzender

gez.
Julian Fennhahn
Stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Tobias Grunwald
Ratsmitglied